

Realitäten vor und nach 1989

Hoffnungen, Depressionen, Visionen und die ›Mühen der Ebene‹

Ilse Nagelschmidt

1. Voraussetzungen

1.1 Geschlechterverhältnisse und Geschlechterpolitik

In der DDR ist das traditionelle Geschlechterverhältnis nie in Frage gestellt worden. Alle Bemühungen um Gleichberechtigung reduzierten sich auf eine möglichst maximale und kontinuierliche Einbeziehung von Frauen in das Erwerbssystem. Den Frauen wurde somit über die Erwerbsarbeit ihr Platz zugewiesen. In diesem patriarchalen Gleichberechtigungsverständnis wurde das traditionelle Männerbild umgesetzt und fortgeführt – als Maßstab galten der Mann und männliche Stereotype. Die führenden Ämter in Partei und Regierung wurden zumeist von sehr alten Männern eingenommen. Frauen hatten lediglich als Ehefrauen, so Margot Honecker, oder bestenfalls als Kandidatinnen des Politbüros – so Inge Lange als Leiterin der Abteilung Frauen des Zentralkomitees – eine Chance, in die Phalanx der Macht einzubrechen. Als Folge dieser traditionellen Rollen und Aufgabenverteilung wuchsen die Differenzen zwischen den Geschlechtern. ›Vater Staat‹ gewährte und verordnete, so die sozialpolitischen Maßnahmen nach dem VIII. Parteitag der SED und den Fall des Paragraphen 218. Frauen wurden zu Objekten einer Männerpolitik degradiert – als Subjekte im Sinn von Akteurinnen und bewussten Gestalterinnen blieben sie weitestgehend ausgeschlossen. Dabei waren Frauen genauso gut wie Männer qualifiziert, sie stellten die Hälfte der Studierenden – und diese Reihe ließe sich fortsetzen. Doch die nach 1989 erschienenen Statistiken weisen es aus: Frauen verdienten im Durchschnitt weit weniger, da sie im Interesse eines traditionellen Familienverständnisses und auch aufgrund ihres hohen Anteils an der Reproduktion der Familie schneller bereit waren, in schlechter bezahlten Berufen und Positionen zu arbeiten und auf eine Karriere zu verzichten. Deshalb waren sie auf den unteren Ebenen der Pyramidenstruktur weit häufiger als Männer zu finden. 91,3 % aller erwerbsfähigen Frauen gehen einer Tätigkeit nach – das war

in den 1980er Jahren stets und immer die verkündete Erfolgsformel (Winkler 1990, 63), an der der Staat sich messen lassen wollte. Bei allem Respekt vor dieser Zahl darf jedoch nicht übersehen werden, dass die in der DDR ausgebildete »patriarchale Gleichberechtigungspolitik« die strukturelle Grundlage dafür war, »daß Frauen und Männer trotz der beeindruckenden Belege für den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Frauen in der DDR im Erwerbsleben sozial Ungleiche blieben« (Nickel 1993, 234). Den Frauen wurde durch die gezielte ›Mitti-Politik‹, flankiert durch die seit 1972 beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen, dominant die Verantwortung für die private Reproduktion der Familie übertragen. Das hatte zum einen die gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Folge, die sich in der »natürlichen« (Nickel 1993, 237) Zweitrangigkeit von DDR-Frauen gegenüber DDR-Männern dreidimensional äußerte. Zum anderen reflektiert die Soziologin Hildegard Maria Nickel sowohl über die Darlegung der Erfahrungen, die in ihrer eigenen Biografie angelegt sind, als auch über Untersuchungen der Veränderungsprozesse die Ambivalenz der Situation vor 1989:

»Das wichtigste positive Ergebnis dieser Art von Frauenpolitik ist die weithin verbreitete ökonomische Unabhängigkeit der Frauen gewesen. Wenn man sieht, was sich jetzt an Entwicklungen abzeichnet, das wäre ja vorher unvorstellbar gewesen. Die Frauen hatten zwar im Durchschnitt ungefähr 30 % weniger Einkommen als die Männer, weil sie einfach in den schlecht bezahlten Berufen arbeiteten, insofern waren die Lebensbedingungen der Frauen auch nicht so sehr günstig, das ist oft verschleiert worden. Aber sie mußten nie Angst haben, daß sie ihre Wohnung verlieren, daß sie einen Kindergartenplatz nicht bezahlen können, insofern war eine Grundversorgung einfach sicher und verlässlich. Das ist eine wichtige Voraussetzung zur Gleichberechtigung, das ist wirklich die erste Bedingung, würde ich sagen.« (Szepansky 1995, 97)

Als fast logisch zu nennende Folge einer solchen Politik und Strategie wurde bereits zu Beginn der siebziger Jahre im Brustton der Überzeugung verkündet, dass die ›Frauenfrage‹ gelöst sei. Das bedeutete, die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde per Dekret als realisiert angesehen. Die ›Einheit‹ als die wohl am häufigsten gebrauchte Vokabel der DDR war nun auch auf diesem Gebiet umgesetzt; Reizworte wie Individualismus, Zweifel, Skeptizismus und Differenz schienen gebannt. Diese Einheitskonzeption bezog ihr Fundament aus dem Marxismus, der in der einseitigen willkürlichen Auslegung ganzer Schriften und Sätze zunehmend pervertiert wurde, denn bei Marx und Engels ist nachzulesen, dass die freie Entwicklung des Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.¹ In en-

¹ »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Marx/Engels 1848, 482)

gem Zusammenhang damit steht in Anlehnung an die Tradition der proletarischen Frauenbewegung das Postulat, dass Emanzipation und Berufstätigkeit von Frauen identisch seien.

Trotz dieser Ungleichheiten, die im Wesen des Systems selbst angelegt waren, trotz aller Differenzen und Bevormundungen sind wesentliche Spuren geblieben, die bis heute weibliches Leben in Ostdeutschland bestimmen und die es zu verfolgen und zu bewahren gilt. Die Arbeit, das eigene Geld, individuelle Organisationsformen, die immer wieder neu strukturiert werden mussten, haben Frauen nicht nur auf die private Reproduktionsverantwortung für die Familie zurückgeworfen, sondern auch ein Selbstbewusstsein freigesetzt, das ständig hinterfragt und aktiviert werden muss. Die DDR-Frau lässt sich eben nicht – wie das in den ersten Jahren nach 1989 versucht wurde – auf ein graues und geducktes Wesen reduzieren. In den erlebten Differenzen werden auch vielfältige Kräfte freigesetzt, die in der Aufnahme und Kenntlichmachung dieser Erfahrungen gegenwärtiges weibliches Leben bereichern.

1.2 Gravierende Folgen

»Dennoch gehört zur Widerspenstigkeit von Ostfrauen, daß sie wenig Neigung zeigen, die vom westlichen Feminismus verordnete Männerfeindlichkeit zu verinnerlichen. Sie lassen sich einfach nicht davon abbringen, daß der Schlüssel für die Befreiung der Frau nicht im siegreichen Kampf gegen die Männer liegt.« (Dahn 1998, 6)

Im direkten Zusammenhang mit dieser einseitigen Frauenpolitik als Gewährungs- politik stehen Erscheinungsformen, die über viele Jahre in den westlichen Teilen Deutschlands zu Irritationen geführt haben. Das beginnt beim Überdenken der Alltagssprache. Männliche Berufsbezeichnungen für Frauen wurden wie selbstverständlich von beiden Geschlechtern weiter benutzt und oft mit der lakonischen Begründung versehen, dass gerade mit der Hervorhebung der weiblichen Bezeichnung etwas hervorgehoben werden müsse, was Frau gar nicht nötig habe. Alltagsformeln wie »Die Frau steht ihren Mann« sind so tief in das kulturelle Bewusstsein eingedrungen, dass sie vielfach gar nicht mehr hinterfragt wurden. Es ist aus heutiger Sicht folgenschwer und auch tragisch, dass es keine eigenständige und umfassende Frauenbewegung in der DDR gab und dass der größte Teil der Frauen bis auf territoriale Ausnahmen (vgl. Bock 2020) und autonomer Frauengruppen vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche (vgl. Kenawi 1995; Lange 1992, 457-472) weder die Möglichkeit hatte noch aktiv darum ringen konnte und wollte, Klarheit über ihr Verhältnis zu sich selbst und zu diesem Staat zu gewinnen.

Ausbrüche, Selbsterkundung und Auseinandersetzungsprozesse westlicher Frauen gehören nicht zu den Grunderfahrungen der Frauen in der DDR. Daraus

folgt, dass Artikulationsmöglichkeiten von Frauen in Nordamerika, in Frankreich und in der Bundesrepublik – wie die Gründung von Frauenbuchverlagen und -bibliotheken, die Einrichtung von Frauenbegegnungsstätten und somit das Aushalten von Spannungen über das Zusammentreffen der differenzierten Ansätze und Motivationen – eine Leerstelle für die Frauen in Ostdeutschland war und ist. Gründe dieses Ausbleibens liegen neben der Fürsorge- und Bevormundungspolitik im System der DDR an sich. Die Analysen des Psychoanalytikers Hans-Joachim Maaz, die er in seiner Abhandlung *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR* (1992) darlegt, sind in diesem Diskurs von Bedeutung. Staatliche, pädagogische, soziale und familiäre Repressionen, so Maaz, führten zu psychosozialen Einengungen. Nur der konnte weitestgehend unbehelligt leben, der sich anpasste. Ausbrüche wurden verfolgt und bestraft (vgl. Klier 1988). Dazu gehörten unter anderem die freiwillige Suche nach Gleichgesinnten, das gemeinsame Finden von Zielen und deren Realisierungsmöglichkeiten sowie das Erfahren von Differenzen, die in der westlichen Frauenbewegung die Voraussetzungen weiblicher Artikulation waren.

In untrennbarem Zusammenhang damit steht die Situation in der Kultur- und Wissenschaftslandschaft. Begriffe wie Feminismus und Patriarchat waren in der DDR weitgehend tabuisiert (vgl. Lange 1987). Oft wurden sie in denunziatorischer Absicht sinnwidrig verwendet und als Produkte westlicher Dekadenz definiert, die für die gesellschaftliche Realität der DDR ohne Wert seien. Warum wurde der Feminismus als eine vom Klassenkampf wegführende Bewegung definiert? Das liegt meines Erachtens in der Intoleranz des Gesellschafts- und Geschichtsbildes sowie in der zunehmenden Festschreibung auf einen eingegangten Marxismus begründet, der auf Genehmes reduziert wurde. Theorien von Horkheimer, Adorno und Ernst Bloch, die sich ausführlich zu Geschlechterverhältnissen positionierten, sowie die Arbeit von Ernest Bornemann *Das Patriarchat* (1984), der nicht nur die ökonomischen Entstehungsursachen des Patriarchats beleuchtet, sondern gleichermaßen auch die kultursoziologischen, psychologischen und sexuellen Unterdrückungsmechanismen der Frau analysiert, gelangten nicht in das öffentliche Bewusstsein. Die Gleichschaltung und weitestgehende Negierung jedweder feministischer Ansätze, deren Spannbreite sehr groß ist, von Mann-verneinend bis Mann-akzeptierend, liegen in der Unsicherheit eines Systems begründet, zu dessen Planzielen nie die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gehörte.

In der DDR konnte sich kein differenziertes feministisches Verständnis entwickeln, da die individuelle Selbstverwirklichung unabhängig vom Geschlecht diskutiert und als Konflikt zwischen Individuum und Gesellschaft hingestellt wurde (vgl. Schreyer 1998, 6). Das nicht verarbeitete Trauma der DDR sowie die fehlende feministische Sicht führen bis auf den heutigen Tag dazu, dass längst überholt geglaubte ‚Feindbilder‘ gerade bei ostdeutschen Frauen existent sind, die im Feminismus eine Bedrohung sehen und nicht willens oder nicht in der Lage sind, über

ihr Verhältnis zum eigenen und zum anderen Geschlecht nachzudenken und die Eigenbestimmung nicht in der Konfrontation wahrzunehmen. Susanne Diemer spricht von einem »neuen sozialistischen Antifeminismus« (Diemer 1992, 359), der als Konsens zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen in der DDR fungierte und das Klima nachhaltig prägte. Feminismus wurde und wird bei vielen ostdeutschen Frauen im Allgemeinen mit dem Ziel assoziiert, statt männlicher nun weibliche Herrschaftsstrukturen errichten zu wollen. Bärbel Klässner beschreibt, was passiert, wenn das Wort in einer Diskussionsrunde ausgesprochen wird:

»Da kleckerte der eklige, schmutzige Schlamm in die Runde, der diesem Wort anhaftet. Sehr unkonkret die Fakten, aber deutlich das Gefühl: Mit diesem Wort belegt zu werden, bedeutet nichts Gutes, heißt Ausgrenzung, Vorurteil, Verschrien-Sein und Sich-lächerlich machen.« (Klässner 1990, 44)

Aus dieser Unsicherheit im Wissen über den Feminismus erwachsen und erwachsen Ängste, die Sorge, zu ›den Anderen‹ zu gehören, draußen zu stehen und als männerfeindlich zu gelten. So ist das kollektive Frauenbewusstsein in Ostdeutschland zu erklären, dass Emanzipation nur mit den Männern erreichbar sei. In einer solchen Konstruktion gilt der Feminismus als Spaltungsfaktor.

Das Dilemma gesellschaftlicher Verdrängung geschlechtsspezifischer Sichtweisen hatte Konsequenzen für die Wissenschaftsentwicklung. Zum einen hat bis zum Ende der DDR der Begriff der Frauenliteratur in keinem literaturwissenschaftlichen Nachschlagewerk Einzug gehalten. Schmerzlich ist das Fehlen der Aufnahme in das 1986 erschienene *Wörterbuch der Literaturwissenschaft*. Zum anderen gab es feministische und geschlechterrelevante Wissenschaftsansätze nur im Umfeld einiger Universitäten, Einrichtungen und Gruppierungen, so unter anderem an der Humboldt-Universität zu Berlin, an Leipziger und Dresdner Hochschulen, theologischen Fakultäten und Hochschulen sowie an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Die DDR stellte sich somit als ein hierarchisch geordnetes System dar, in dem die geschlechtsspezifischen Differenzen erhalten blieben und durch eine stringente Familien- und ›Mutti-Politik‹ vertieft wurden. Daher konnte sich eine umfassende und selbstbewusste Frauenkultur, die Raum für einen eigenen Blick auf die Gesellschaft, auf Sexualität, auf die Geschlechterverhältnisse, auf Wertesysteme und auch auf das Beziehungsgefüge zwischen Frauen schuf, nur schwer entwickeln. Besondere Bedeutung kommt dabei der Frauenliteratur der DDR zu. Schreibende Frauen, aus denen die Geschichten ›herausbrachen‹, sprengten Rollenzuweisungen, erkundeten Differenzen in den Geschlechterbeziehungen, entwickelten Eignersichten im Widerpart zu immer starrer werdenden Weiblichkeitmustern, artikulierten ihre Sicht auf und auch vielfach ihre Solidarität mit ›der Anderen‹. Helga Königsdorf, promovierte Physikerin, hat nach Jahren der Verdrängung eigenen Schreibens ein wesentliches Moment hervorgehoben:

»Als ich mein altes Vorhaben längst endgültig vergessen hatte, brachen die vorliegenden Geschichten völlig ungerufen aus mir heraus. Fast ist mir, als ob ich nur ein Medium war, und ich staune selbst, wie ungeschminkt sie sind.« (Königsdorf 1978, 145)

Viele DDR-Autorinnen haben ihre Ansprüche, Ideale und Werte an der sozialistischen Utopie gemessen und diese impliziert. Im Mittelpunkt ihrer Aussagen steht das differenzierte Verhältnis von Differenz und Einheit zwischen den Geschlechtern. Daraus resultieren zum einen das den Texten immanente Kritikpotenzial, da die Differenzen zwischen dem Erlebten und dem Angenommenen groß waren, zum anderen die besonderen Sichtweisen der Autorinnen auf das eigene und andre Geschlecht sowie deren sehr unterschiedliche Erzählstrukturen. Ich vertrete die 1997 von Hannelore Scholz aufgestellte These, dass die eigentliche Frauenbewegung der DDR – im Sinn von bewegt sein, etwas verändern zu wollen und zu können – literarisch-ästhetischer Natur gewesen sei.

»Fehlende Öffentlichkeit, zensierte Medien, frisierte soziologische Ergebnisse und einseitige Wissenschaftsentwicklungen, verhinderten eine reale, solide Analyse und eine davon abgeleitete Perspektive. [...] In Auseinandersetzung damit entstand in den 1970er Jahren eine Flut von Texten schreibender Frauen, die Kritik am bürokratischen Sozialismus verbinden mit einer Kritik an patriarchalen Herrschafts- und Machtverhältnissen.« (Scholz 1997, 32)

2. Der Aufbruch mit dem Herbst 1989. Zwischen Hoffnungen und Depressionen

2.1 Frauen an den Universitäten und Hochschulen der DDR

1989 betrug der Frauenanteil unter den Studierenden in den Fachrichtungen Mathematik/Naturwissenschaften 46 % und in den technischen Disziplinen 25,3 % (vgl. Winkler 1990, 47). Das war sowohl das Ergebnis einer zielgerichteten Werbung als auch der konzentrierten Förderung von Mädchen während der Schulzeit. Deprimierend dagegen ist bis heute die Analyse der sozialen Benachteiligung von Frauen in den Leitungstätigkeiten der Universitäten und Hochschulen. Frauen hatten keine oder nur geringe Chancen in höchste Leitungspositionen aufzusteigen, ihnen blieben lediglich untere bis mittlere Positionen vorbehalten. An der Pyramidenstruktur hatte sich somit nichts verändert. Im Bereich des Hoch- und Fachschulwesens waren fast 50 % des wissenschaftlichen Personals Frauen. An keiner dieser Einrichtungen aber lag der Frauenanteil im Bereich der Professuren, Dozenturen und der Leitung größerer Struktureinheiten bei über 15 %. An der Karl-Marx-Universität in Leipzig betrug er vor 1989 12,7 %. Im gesamten

Bereich des Hochschulwesens lag der Frauenanteil in der obersten Leitungsebene (Rektorat, Prorektorat, Sektionsdirektion) bei knapp 3 % (vgl. Winkler 1990, 95) und stand somit dem Prozentsatz der Neuzulassungen von Frauen zum Direktstudium, der 1986 mit 52,1 % ausgewiesen war (ebd., 42), direkt disproportional gegenüber. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Während es Frauen zunächst ohne größere Probleme möglich war, nach dem erfolgreichen Hochschulstudium über die Aufnahme eines Forschungsstudiums, einer Aspirantur oder einer Assistenz zu promovieren, waren die Barrieren für die nachfolgende Qualifikation weit aus größer. Über gezielte Kaderentwicklungspläne wurden vor allem männliche Naturwissenschaftler für spätere Leitungsfunktionen vorgesehen. Erst in den achtziger Jahren sind Frauen durch Frauenförderpläne direkt aufgefordert und ermutigt worden, die Promotion B², die als Voraussetzung für die spätere Professur oder Dozentur galt, zu schreiben. Bei diesen Beschränkungen und im Wissen, dass viele Wissenschaftlerinnen sehr früh Kinder bekamen, war dieser Weg ein oft weitaus komplizierter als in vergleichbaren männlichen Lebensläufen. Dazu kam in der Hochschullandschaft der DDR noch ein weiteres Problem. Wie bereits benannt, bestand das wissenschaftliche Personal zu knapp 50 % aus Frauen, die dominant im akademischen Mittelbau zu finden waren. Diese Konzentration sollte weitreichende Folgen haben. Zum einen erwies sich das konservative Beharren des DDR-Hochschulwesens auf einen immer größer werdenden unbefristeten Mittelbau ohne Aufstiegschancen als die eigene Manövriertunfähigkeit (vgl. Midell 1993, 165). Zum anderen erfolgten nach 1989 gerade in dieser Statusgruppe die massivsten Einschnitte in der Personalstruktur. Ich sehe die Tragik auch darin, dass sich Frauen vor 1989 vielfach mit dem Ende ihrer Karriere abgefunden hatten, in unbefristeten Arbeitsverhältnissen sozial abgesichert waren und den männlichen Kollegen durch die Übernahme wesentlicher Arbeiten vor allem in der Lehre geradezu ideale Bedingungen für deren Aufstieg schufen.

2.2 Herbst 1989 bis Dezember 1990. Zwischen Visionen, Stagnationen und dem Abwicklungsbeschluss

In diese Situation eines dringend reformbedürftigen DDR-Wissenschaftssystems, in dem die Ratlosigkeit über Wege und Subjekte des Werdens mehr und mehr überwog, innere und äußere Blockaden nicht mehr zu übersehen waren, fielen

2 Die Promotion B (Dr. sc.) war eine akademische Qualifikationsform in der DDR. Diese folgte seit Ende der 1960er Jahre auf den Grad der Promotion A innerhalb eines Wissenschafts Zweiges. In der Regel war die Promotion B, gemeinsam mit dem Nachweis über die Lehrbefähigung (*facultas docendi*), die Voraussetzung für Professuren und Hochschultätigkeiten. In Folge der Wiedervereinigung, wurden Promotion B plus *facultas docendi* in der Regel als habilitationsgleichwertige Leistungen anerkannt.

die Ereignisse des Herbstes 1989. Mit dem von den Demonstrierenden in Leipzig aufgenommenen Ruf »Wir sind das Volk« keimte auch in der Universitäts- und Hochschullandschaft die große Hoffnung, nicht nur das eigene Schicksal, sondern auch die eigenen Forschungen selbst in die Hand nehmen zu können. Dazu zählten die bereits beschriebenen Defizite in der Frauen- und Geschlechterforschung, vorstrukturierte und statische Lehr- und Forschungspläne sowie die Frauen ausgrenzende Pyramidenstruktur.

Für mich waren die Wochen im Herbst/Winter 1989 die wohl spannendsten meines akademischen Lebens. Ich arbeitete an der Pädagogischen Hochschule in Leipzig und leitete den Wissenschaftsbereich Deutsche Literatur. Wir bekamen erstmals die Chance, selbständig und ohne direkte Bevormundung über Ausbildungs- und Lehrkonzeptionen zu befinden, die Studienpläne gänzlich zu reformieren und neue Strukturen umzusetzen. Für mich erheben sich dabei jedoch bis heute die Fragen, inwieweit die einzelnen Einrichtungen reformfähig waren, inwieweit Parallelen zwischen den Bürgerbewegungen und den Bestrebungen an den Universitäten und Hochschulen bestanden und welche Gegenbewegungen es gab, so dass schließlich der Weg zur Evaluierung von außen geebnet war.

Nach den ersten freien Wahlen im März 1990 zeigten sich erste Ermüdungs- und Rückzugserscheinungen, die auch vor meiner Hochschule nicht haltmachten. Zunehmend wurden die Stimmen derer lauter, die forderten, dass alles nicht so schnell gehen sollte. Angestrebte Konzeptionen wurden nicht zu Ende gebracht, erste Lähmungen traten auf. Gleichermassen wurden die Stimmen von westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, mit denen inzwischen ein reger Austausch bestand, intensiver, die uns vor übereilten Umsetzungen der Programme warnten und mahnten, Gleichmaß zu wahren. Es musste etwas passieren. Außerhalb der Mauern des Wissenschaftsbetriebes überschlugen sich die Ereignisse: Transformation des westdeutschen Sozialsystems, Währungsunion, schließlich der Einigungsvertrag. Innerhalb der Mauern ostdeutscher Universitäten und Hochschulen zeichnete sich zunehmend die Unfähigkeit ab, sofort weitreichende Konzepte zur Krisenbewältigung in den vorgegebenen Fristen auf den Weg zu bringen. Die Entscheidungen kamen nun zwangsläufig von außen. Bereits im Juli 1990 war nach dem Communiqué der Minister Riesenhuber und Terpe über ihr »Kamingespräch« klar, dass die einheitliche deutsche Wissenschaftslandschaft nach dem Modell der alten Bundesrepublik gestaltet werden würde. Endgültig war somit die Zeit vorbei, als die Stimmen derjenigen noch Gewicht hatten, die anmahnten, dass die Vorzüge des Hochschulsystems der DDR – Studium in der Regelstudienzeit, intensive Betreuungsarbeit, kleine Gruppen der Studierenden – auch für westdeutsche Universitäten von Vorteil wären (vgl. Bierwisch 1992, 40-53). Längst hatte sich das Volk der DDR von dem Ruf der Oktobertage verabschiedet, es zählten nur noch die Deutsche Mark als Symbol des angenommenen Wohlstandes der Westdeutschen und der Wille, bald endgültig zur Gemeinschaft der

Bundesbürger:innen zu gehören. Ein Volk hatte somit mit den Füßen abgestimmt, die Abwanderung war nicht mehr aufzuhalten. Am 31. August 1990 wurde der Einigungsvertrag von beiden deutschen Seiten unterzeichnet. Die letzten Tage der DDR waren besiegt. Spannend ist es bis heute, die Artikel 13 (Übergang von Einrichtungen), 38 (Wissenschaft und Forschung) und den Artikel 31 und hier vor allem den Absatz 1 zu lesen. Darin heißt es: »Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.« (Einigungsvertrag 1991, 27) Auf der einen Seite wurde im Gesetzeswerk vollmundig proklamiert, die Gesetzgebung zur Gleichbehandlung weiterzuentwickeln, ohne die Differenzen im Bestehenden nur annähernd zu reflektieren, auf der anderen Seite wurde die Basis der folgenden gravierenden Einschnitte geschaffen, ohne die davon Betroffenen einzubeziehen.

Das Wintersemester 1990/91 begann zunächst mit einer Premiere. Die Studierenden konnten ihr Studium zum ersten Mal in Ostdeutschland in die eigenen Hände nehmen. Das ist sowohl den Lehrenden als auch den Lernenden wahrlich nicht leichtgefallen. Ungeübt in dem Zusammenstellen von Plänen und anderen Prüfungsmodalitäten, teilweise auch unfähig, sofort die entscheidenden Schwerpunkte zu erkennen, waren für viele die Anlaufschwierigkeiten weitaus größer als gedacht. Endgültig wurde Abschied von den einheitlichen Stundenplänen, vom Studieren in Seminargruppen und somit vom zentralistischen Studienbetrieb genommen. Es kam zu weiteren politischen Veränderungen. Sowohl sich dem Druck von unten beugend als auch den rasanten politischen Veränderungen Tribut zollend, wurden vor allem eindeutig ideologisch ausgerichtete Struktureinheiten umbenannt. So erhielt die Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus an der Karl-Marx-Universität in Leipzig die Bezeichnung Sektion Politikwissenschaften und Soziologie. Hinter all diesen Veränderungen lag neben den zunächst beachtlichen inhaltlichen Diskussionen auch die Sorge um den Arbeitsplatz. Im Festhalten an den alten Strukturen wurde in den folgenden Wochen näher zusammengerückt. Später wurde dieser Vorgang als der Sieg der alten Seilschaften über die Reformer – also die Unfähigkeit zur Selbsterneuerung – bezeichnet. Mitten in diese Bewegungen und Gegenbewegungen sowie in die aufeinander folgenden Transformationsprozesse wurde am 12. Dezember 1990 der Abwicklungsbeschluss bekanntgegeben.

Was ist unter dem Begriff der Abwicklung – später zum Unwort des Jahres gekürt, über den im *Grimmschen Wörterbuch* »eine schwierige, verworrene Sache abwickeln, zu Ende bringen« (Deutsches Wörterbuch 1854, 154) zu finden ist – zu verstehen? Mit diesem Wort, daran erinnere ich immer wieder, haben die Nationalsozialisten 1937 mit ihrem Aktiengesetz das Fremdwort Liquidation eingedeutscht. Dieser Begriff wurde zuerst beim Arisieren jüdischen Eigentums in die juristische Praxis umgesetzt. Die gesetzlichen Grundlagen dafür schuf die *Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen*

Wirtschaftsleben vom 23. November 1938. Es gehört für mich bis heute zum fehlenden kulturellen Gedächtnis der Urheber des Einigungsvertrages, dass ihnen dafür kein anderes sprachliches Vorbild als dieses eingefallen ist, und erklärt in vielen Aspekten auch die Reaktionen der direkt davon Betroffenen (vgl. Küpper 1993, 24f.). Die gerade erst gebildeten Wissenschafts- und Kulturministerien in den neuen Bundesländern nutzten das Instrument der Abwicklung, um sich der ideologisch belasteten Disziplinen der jeweiligen Universitäten und Hochschulen – wie Rechtswissenschaft, Philosophie, Pädagogik, Soziologie und damit große Teile der Geisteswissenschaften – zu entledigen. So wurden nicht die Einrichtungen, jedoch das Personal, das befristete Arbeitsverträge erhielt oder dem gekündigt wurde, abgewickelt. Der Studienbetrieb konnte ohne Unterbrechungen weitergeführt werden. Damit funktionierte das Prinzip der Neueröffnung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der bestehenden Aufgabenbereiche. Das hatte zur Folge, dass an den ostdeutschen Hochschuleinrichtungen Gründungsdekane – es waren fast ausschließlich Männer aus den alten Bundesländern – bestellt wurden. Berufungs- und Strukturkommissionen unterbreiteten in einer vorgegebenen Zeit Vorschläge für die künftige Personalstruktur sowie für Fächerzuschnitte, Curricula, Studien- und Prüfungsordnungen. Das Grundprinzip lag auf der Hand: Es sollte gefunden und nicht gesucht werden. Damit wurde in Ostdeutschland die realistische Chance vergeben, aus der Vielzahl der anerkannten Wissenschaftler:innen diejenigen zu ermitteln, die künftig strukturbestimmend arbeiten werden. Lediglich die Professor:innen »Neuen Rechts«, die aber materiell und in der Ausstattung der Professuren weitaus schlechter gestellt waren als die neuberufenen Kolleg:innen, bekamen die Gelegenheit der Weiterarbeit. Das hätte eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftsbetrieb der DDR und nicht lediglich eine ideologisch determinierte Draufschau mit der Bekanntgabe von sich wiederholenden Stereotypen bedeutet.

Diese Monate, in denen zum einen alles auf den Prüfstand gehoben und zum anderen die Verunsicherungen immer größer wurden, haben Reformwillen und -fähigkeit des akademischen Mittelbaus unter Beweis gestellt. Die Transformation des westdeutschen Bildungs- und Hierarchiesystems haben hier am zeitigsten zu rigiden Einschnitten geführt, die schließlich auch eine besondere Form der Aktivität mit sich brachten. Die Mittelbauvertretungen vieler Einrichtungen waren maßgeblich an der Diskussion von Um- und Neustrukturierungen beteiligt. Nach den erfolgten Maßnahmen verloren sie jedoch zunehmend sowohl ihre Basis als auch ihre hochschulöffentliche Präsenz. Die Tragik liegt vor allem darin, dass durchaus vergleichbar mit den Hochschulrevolten und -reformen in der Bundesrepublik nach 1968 vor allem diese Statusgruppe die relevanten Differenzen benannt und entsprechend die Forschungen bereichert hat. Frauen des akademischen Mittelbaus brachten neue Fragestellungen in ihre Fachdisziplinen ein. In zahlreichen Studien zu Beginn der neunziger Jahre wurde die Frauen- und Geschlechterfor-

schung vor und nach 1989 aufgearbeitet und wesentliche Differenzen sowie Forschungsansätze benannt. Wesentliche Ansätze auch weiterführender Diskussionen lagen in den Aufsätzen von Irene Dölling (Dölling 1993, 397-407) und Carola Möckel (Möckel 1990, 10-15) als auch in der Dokumentation zur Frauenforschung in Sachsen, die in den Jahren 1993 und 1994 von Wissenschaftlerinnen der Technischen Universität Dresden herausgegeben wurde.

Die Kritiken an diesem Vorgehen setzten bald ein. Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, hielt dazu fest: »Die Wiedervereinigung hat die deutschen Hochschulen entgegen den optimistischen Erwartungen der ersten Jahre sowohl im Osten wie im Westen schweren Belastungen ausgesetzt und sie insgesamt in ihrer Leistungsfähigkeit eher geschwächt als gestärkt« (Simon 1998, 390). Die Gründe wurden sowohl in den »Fehlentscheidungen der Manager des Vereinigungsprozesses« als auch in den »unbeeinflussbaren äußeren Bedingungen« und »nicht steuerbaren selbstläufigen Prozessen« (Simon 1998, 390) gesehen. Der Autor und Publizist Dieter E. Zimmer verdichtete die Situation in den beginnenden neunziger Jahren zu dem Bild: »In jener Herbstnacht des Jahres 1990, als die DDR erlosch, erlosch auch ihr Hochschulsystem« (Zimmer 1994, 45). Die Umstrukturierung, so bewertete es Wolfgang Schluchter, »hatte zur Folge, daß ganze Bereiche der ostdeutschen Hochschulen auf einen Schlag personell verwestlicht und übrigens auch ver männlicht wurden« (Schluchter 1994, 21).

Das in diesem Kapitel Dargelegte führt mich zu zwei Thesen:

1. Ein marodes Bildungssystem in Deutschland West versuchte sich durch die Übernahme eines reformbedürftigen Bildungssystems in Deutschland Ost zu sanieren. Das erwies sich als ein Fehler mit gravierenden Folgen.
2. Der vielfach artikulierte ›Modernisierungsprozess‹ hatte für die Frauen an den Universitäten und Hochschulen gravierende Folgen. Der Umstrukturierungsprozess fand zunächst mit den Frauen, schließlich gegen und ohne sie statt. Das Abdrängen von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb bedeutete eine ungeheure Verschwendug von erworbenem Wissen, das sich kein Land in diesem Ausmaß leisten konnte. Geistiges Potential lag brach und wurde nicht mehr abgerufen – das Rollback in der Gleichstellung der Geschlechter war in diesem Prozess unübersehbar. Als gefährlich erachte ich bis heute die Entwertung von Lebens- und Wissenschaftsbiografien gerade von Frauen, die in ihrem Leben eine Vereinbarkeitsstrategie gefunden und aller Widrigkeiten zum Trotz auch gelebt hatten. Die Akteurinnen des Ostens mussten die Bühne verlassen, ehe der Vorhang gefallen war.

3. Visionen

Als ich 1994 zur Gleichstellungsbeauftragten der Universität Leipzig berufen wurde, gehörte die Gründung eines Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung zu meinen und unseren vorrangigen Zielen. Zu dieser Zeit existierte lediglich an der Humboldt-Universität zu Berlin das Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (ZIF); weitere Gründungen waren an den Universitäten Greifswald und Dresden vorgesehen. 72 Frauenforschungsprofessuren in den alten Bundesländern standen lediglich einer an der Universität Potsdam (Irene Dölling) gegenüber. Das hatte zur Folge, dass Frauen- und Geschlechterforschung auch nach den Neustrukturierungen entweder unterrepräsentiert oder gar nicht vorhanden waren. In dem von uns am Ende der neunziger Jahre unveröffentlichten Strategiepapier zur Gründung eines solchen Zentrums haben wir das Defizit in der Forschungslandschaft ausgewiesen.

»Dieses Defizit ist eklatant, zumal in Sachsen keine Professuren mit einer frauen- und geschlechterspezifischen Widmung ausgewiesen sind und darüber hinaus der Frauen- und Geschlechterforschung gerade in den Neuen Bundesländern in Zukunft eine besondere Bedeutung zukommen wird. Das durch die Geschichte der DDR bedingte ›andere‹ Verständnis des Geschlechterverhältnisses, in dem die Gleichberechtigung als verwirklicht schien, weil beide Geschlechter zum Beispiel aufgrund öffentlicher Kinderbetreuung berufstätig und finanziell unabhängig sein konnten, hat in der Vergangenheit eine differenzierte (theoretische) Auseinandersetzung mit Frauen- und Geschlechterfragen erheblich behindert. Trotzdem bestehen eine Reihe bruchstückhafter diskursiver Ansätze – so zu Fragen weiblicher Selbstbestimmung, zu Selbstbildern und zum Sozialprestige von Frauen –, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt, das heißt in einem veränderten politisch-ökonomischen Rahmen, aufgegriffen und analysiert werden müssen.«

Die Absenz eines Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Leipzig am Ende der neunziger Jahre wog zum einen umso schwerer, als hier bereits im ausreichenden Maße die erforderliche Expertise vorhanden war. An neun von 14 Fakultäten wurden nun bereits seit fast zehn Jahren in Einzel- und Teilprojekten, in Drittmittel- und Pilotprojekten zu diesen Themen geforscht. Zum anderen entsprach das Fehlen einer solchen Institution nicht mehr dem internationalen Standard: US-amerikanische Universitäten, mit denen die hiesige Universität in Kontakt stand, meldeten ihr Interesse an diesem Austausch an. Die geographische Lage der Universität legte zudem intensive Kontakte nach Osteuropa und den Beginn bzw. Ausbau von binationalen Forschungsvorhaben zwischen Ost- und Westeuropa nahe. Mit der Gründung des Zentrums wurde weiterhin angestrebt, sämtliche an den anderen Universitäten und Hochschulen des Freistaates Sachsen existierende Forschungsvorhaben zu unterstützen – und das gehörte zu den gro-

ßen Visionen –, den Aufbau eines Sächsischen Zentrums vorzubereiten. Mehr als deutlich wurde somit, dass die Notwendigkeit, sich den sowohl nationalen als auch internationalen Anforderungen zu stellen, auf der Tagesordnung stand.

4. »Mühen der Ebene«

Das im Jahr 2001 gegründete Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Leipzig (FraGes) versteht sich als Ort der interdisziplinären Erforschung von Definitionen und Veränderungen der Geschlechterverhältnisse im soziokulturellen Kontext. Das Zentrum definiert sich als Schnittstelle und vernetzt vorhandene Projekte auf diesem Gebiet und verfolgt somit die dauerhafte Institutionalisierung *gender- und diversity* bezogener Forschung und Lehre.³

So entwickelte FraGes das Schlüsselqualifikationsmodul »Genderkompetenzen«, das seit 2006 Inhalte der Gender Studies als fest verankerten Bestandteil des Curriculums fächerübergreifend vermittelt.

Im Jahr 2007 begründeten wir das transdisziplinäre Kolloquium »Gender-Kritik«, das jeweils im Sommersemester stattfand. Diese Vortrags- und Veranstaltungsreihe bot insbesondere Studierenden und Promovend:innen sowie erfahrenen Nachwuchswissenschaftler:innen die Möglichkeit, zeitgenössische Entwicklungen der Genderforschung in einem offenen und multimedialen Darbietungsformat fächerübergreifend zu bündeln. Dieses Format trug vor allem dem Transferredanken Rechnung.

Von 2006 bis 2014 fanden in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen zum Welttag des Mannes statt, die sich vor allem der Männer- bzw. Männlichkeitsforschung als wesentlichen Bestandteil der Genderforschung widmeten und unter anderem zu den Themen »Der junge Mann« (2006), »Neue Väter« (2008), »Männer im Gender Trouble« (2011) und »Kritische Männlichkeitsforschung« (2014) durchgeführt wurden. Die Dokumentationen zu diesen und anderen Veranstaltungen erschienen innerhalb der Reihe »Leipziger Gender-Kritik« in acht Bänden seit 2009 im Peter Lang Verlag.

Zu den weiteren Aufgaben des Zentrums gehörten die Einwerbung von Drittmitteln. Mit diesen Geldern, die vornehmlich von der EU eingeworben wurden, gehörten transdisziplinäre »Gender Mainstreaming Dialogue Projekte« und das

3 Die erste Direktorin war Frau Professorin Dorothee Alfermann aus der Sportwissenschaftlichen Fakultät, ich folgte ihr in diesem Amt im Jahr 2005 und bekleidete die Position bis in das Jahr 2018. Meine Nachfolgerin ist Frau Professorin Anna Artwińska aus der Philologischen Fakultät. Mitglieder des Zentrums können von den Studierenden bis zu den Professor:innen inner- und außerhalb der Universität alle Personen werden, die im Bereich der Geschlechterforschung tätig oder interessiert sind oder die Ziele des Zentrums unterstützen.

sachsenweite Mentoringprojekt, das Mentees und Mentor:innen zusammenführte und mit großem Erfolg abgeschlossen wurde.

Das *Gender Glossar* (Herausgeber:innen sind die Professor:innen Barbara Drinck und Ilse Nagelschmidt) ist ein Online-Glossar, das Definitions- und Einordnungsbeiträge zu genderwissenschaftlich relevanten Begriffen, aber auch zu Personen, gesellschaftlichen und kulturellen Institutionen frei zur Verfügung stellt. Über ein Blind-Review-Verfahren begutachten Expert:innen verschiedener akademischer Disziplinen die Beiträge. Ziel des Gender Glossars ist es, ein zitierfähiges Nachschlagenetzwerk ohne Einschränkungen akademischer Verlässlichkeit auf- und auszubauen, das in der Lage ist, Inhalte auf aktuelle Diskurse abzustimmen (Kontakt: www.gender-glossar.de).

Trotz all dieser erfolgreich abgeschlossenen Vorhaben und Projekte und des internationalen sowie landesweiten Eingebundenseins und des Ausbaus eines gut funktionierenden Netzwerkes sind die Schattenseiten nicht zu übersehen. Das Zentrum muss auch kurz vor seinem Jubiläum noch immer um die finanzielle Unterstützung von Seiten der Universität kämpfen. Zudem behindert die traditionelle Universitätsstruktur viele transdisziplinäre Vorhaben, so dass es sehr schwierig ist, fakultätsübergreifende Promotionsvorhaben anzugehen. Ein drittes und entscheidendes Defizit sehe ich im Fehlen einer Genderprofessur. Dafür gibt es seit Jahren intensive Bestrebungen, es konnte jedoch noch immer keine Berufung erfolgen.

Im nächsten Jahr wird das zwanzigjährige Bestehen des Zentrums begangen. Es gehört zur ›Haben-Seite‹ dass die Institution mit vielen Vorhaben die Forschungslandschaft in Sachsen und Deutschland bereichert hat, die ›Mühen der Ebene‹ sind jedoch bei weitem noch nicht durchschriften.

Bibliografie

- Bierwisch, Manfred: »Konflikte der Erneuerung. Die Universitäten der ehemaligen DDR«, in: Heinz-Ludwig Arnold/Frauke Meyer-Gosau (Hg.), *Die Abwicklung der DDR*, Göttingen: Wallstein 1992, 40-53.
- Bock, Jessica: *Frauenbewegung in Ostdeutschland: Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980-2000* (= Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands, Bd. 6), Halle/Leipzig: Mitteldeutscher Verlag 2020.
- Dahn, Daniela: »Die Widerspenstigen«, in: *Thüringer Allgemeine Zeitung* vom 13.06.1998, 6.
- Diemer, Susanne: »Die Mauer zwischen uns wird immer größer – Anmerkungen zur DDR-Frauenbewegung im Umbruch«, in: Gerd Meyer/Gerhard Riege/Dieter Strützel (Hg.), *Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland*

- (= Jenaer Reden und Schriften, Neue Folge, Bd. 3), Erlangen: Verlag Palm & Enke/Jena: Universitätsverlag 1992, 343-364.
- Dölling, Irene: »Aufschwung nach der Wende – Frauenforschung in der DDR und in den neuen Bundesländern«, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hg.), *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1993, 397-407.
- Einigungsvertrag*. 3. überarbeitete Auflage. Sonderdruck aus der Sammlung Das Deutsche Bundesrecht, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1991.
- Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm (Hg.): *Deutsches Wörterbuch*, Bd. 1.1, Leipzig: Verlag S. Hirzel 1854.
- Kenawi, Samirah: *Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation*, Berlin: Dokumentationsstelle GrauZone 1995.
- Klier, Freya: *Abreiß-Kalender. Versuch eines Tagebuchs*, München: Kindler Verlag 1988.
- Klässner, Bärbel: »Beobachtungen im Zusammenhang mit einem Wort«, in: Cordula Kahla (Hg.): *Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR. Dokumentation*, München: Verlag Frauenoffensive 1990, 44-47.
- Küpper, Mechthild: *Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform*, Berlin: Rotbuch Verlag 1993.
- Königsdorf, Helga: *Meine ungehörigen Träume. Geschichten*, Berlin/Weimar: Aufbau-Verlag 1978.
- Lange, Inge: *Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Berlin: Dietz Verlag 1987.
- Lange, Sigrid: »Frauen aus der DDR im vereinigten Deutschland. ›Sachzwänge‹, Biographien, offene Fragen«, in: Gerd Meyer/Gerhard Riege/Dieter Strützel (Hg.), *Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland* (= Jenaer Reden und Schriften, Neue Folge, Bd. 3), Erlangen: Verlag Palm & Enke/Jena: Universitätsverlag 1992, 457-472.
- Maaz, Hans-Joachim: *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, München: Droemer Knaur 1992.
- Marx, Karl/Engel, Friedrich: *Manifest der Kommunistischen Partei*, II., MEW Bd. 4, 1848.
- Meyer, Gerd/Riege, Gerhard/Strützel, Dieter (Hg.): *Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland* (= Jenaer Reden und Schriften, Neue Folge, Bd. 3), Erlangen: Verlag Palm & Enke/Jena: Universitätsverlag 1992.
- Middell, Mathias: »Überstanden? Einige Nachbemerkungen zur IV. Hochschulreform der DDR aus der Perspektive des Jahres 1993«, in: Peer Pasternack (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1993, 163-180.
- Möckel, Carola: »Subjektiver Blick auf die historische Frauenforschung in der ehemaligen DDR vor und nach dem November 1989«, in: Netzwerk histo-

- risch arbeitender Frauen der Frauen-Anstiftung e.V. (Hg.), Hypatia. Historische Frauenforschung in der Diskussion (Sondernummer 1990), 10-15.
- Nickel, Hildegard Maria: »Mitgestalterinnen des Sozialismus – Frauenarbeit in der DDR«, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1993, 233-256.
- Schluchter, Wolfgang: »Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25 (1994), 21.
- Scholz, Hannelore (Hg.): *Die DDR-Frau zwischen Mythos und Realität. Zum Umgang mit der Frauenfrage in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945-1989*, Schwerin: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 1997.
- Schreyer, Claudia: »In den 70er Jahren galt die Frauenfrage als gelöst«, in: *Neues Deutschland* vom 11.03.1998, 6.
- Simon, Dieter: »Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens«, in: Christoph Führ/Carl Ludwig Furck (Hg.): *1945 bis zur Gegenwart. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer* (= Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6.2), München: Beck 1998, 390-397.
- Szepansky, Gerda: *Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR*, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1995.
- Träger, Claus (Hg.): *Wörterbuch der Literaturwissenschaft*, Leipzig: Bibliographisches Institut 1986.
- Winkler, Gunnar (Hg.): *Frauenreport '90*, Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1990.
- Zimmer, Dieter E.: »Wunder im Osten. Wurden die ostdeutschen Hochschulen ›plattgemacht? Eine erste Analyse widerlegt viele Vorurteile«, in: *Die Zeit* vom 20.05.1994, 45-46.